

Andreas Grünwald / BMV Mitte / 09.08.2020 / „Rot-Rot-Grün“ / ausführlich

Im Sommerinterview des ZDF bemerkte Katja Kipping am Sonntag: Wir wollen in die Bundesregierung, denn nur so ließen sich Menschen für linke Politik begeistern. Schon im Thesenpapier des geschäftsführenden Vorstandes hieß es dazu im Mai: Die Linke soll sich im Bundestagswahlkampf 2021 für eine rot-rot-grüne Regierung stark machen ...

Doch die Debatte geht inzwischen weiter. Am Montag der letzten Woche berichtet der Spiegel von einem weiteren Strategiepapier. Das ging natürlich – und man möchte sagen: wie üblich – zunächst an die Medien. Unter der Überschrift „Linke Pragmatiker drängen auf Richtungsentscheidung“ berichtet das Blatt, dass nun eine „Grundsatzentscheidung“ komme, was diese Partei eigentlich wolle. Wörtlich: „Fühlt sie sich der Straße verbunden, dem Außerparlamentarischen, der Opposition? Oder will sie gestalten, und damit auch: regieren? Als Partei in einem von Parteien geprägten parlamentarischen System.“

Das Papier ist erstaunlich wirtschaftsfreundlich, die wesentlichen Forderungen der LINKEN fehlen komplett. Es enthält keine konkreten Forderungen für soziale Verbesserungen. Zu diesem Papier möchte ich sagen: ehrlicher geht's nicht! Regierungsbeteiligung als Non-Plus-Ultra und um jeden Preis! Das Außerparlamentarische und die Oppositionsrolle werden indes beiseitegeschoben.

Ein gefährlicher Kurs, denn in den letzten 25 Jahren sind wirklich alle Experimente überall in Europa, und die es in diese Richtung gab, gescheitert.

Nehmen wir die italienische Rifondazione Comunista (PRC). Bei Wahlen sehr erfolgreich, aber auch in den sozialen Bewegungen des Landes tief verankert. Dann beteiligte sie sich Mitte bis Ende der 90er an zwei Regierungen. Nun dazu gezwungen den Austeritätskurs in der Haushaltspolitik, aber auch internationale Militäreinsätze mitzutragen, war der Vertrauensverlust dann so groß, dass sie schon bei den nächsten Wahlen an der Sperrklausel scheiterte und von der politischen Bühne Italiens verschwand.

Kein Einzelfall: ähnlich erging es den französischen Kommunisten, die 1997 in eine rot-rot-grüne Regierung eintraten. Minimale Fortschritte in der Gestaltung der Arbeitszeit standen im Kompromiss mit umfangreichen Privatisierungen. Bei den anschließenden Wahlen landete sie unterhalb von 5 Prozent.

Solche Beispiele ließen sich auch für die letzten 25 Jahre beliebig fortsetzen. So war es in Island, so war es in Norwegen, in Schweden, in Dänemark, in Finnland, in Zypern und in vielen anderen Ländern. In keinem einzigen Fall der letzten 25 Jahre konnte indes auch nur ansatzweise eine Abkehr von neoliberaler Politik erreicht

werden. Aber auch in der Logik des »kleineren Übels« ist die Bilanz verheerend: häufig folgten im Anschluss elektorale Siege rechtspopulistischer oder sogar faschistischer Parteien. Und verliefen nicht zahlreiche Versuche mit dem Eintritt in Landesregierungen durch die PDS oder dann Die Linke nach ähnlichem Muster? Linke Parteien treten in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien als Koalitionspartner ein. Das Ergebnis ist kein umfassendes Reformprogramm, sondern ein Deal. Ich bekomme das, und gebe dafür das. Ich bezeichne diese Sorte „linker Regierungen“ hier mal zur Unterscheidung der anderen als Variante 1.

Gibt es dazu noch eine Variante 1b ? Ich meine die aktuelle Berliner Koalition. Dort konnte immerhin ein Mietendeckel beschlossen werden. Natürlich nur deshalb, weil es eine radikale und große Bewegung gibt, deren Forderungen noch weiter gehen. Das Programm des dortigen Senats kann man trotzdem nicht als anti-neoliberal bezeichnen. Der Senat akzeptiert den neoliberalen Rahmen. Meine Position ist klar: wir müssen Oppositionspartei bleiben. Andererseits gibt es aber natürlich das Problem, dass etliche Wähler erwarten, dass wir in Regierungen gehen, um dort etwas durchzusetzen. Ich überlasse die Erörterung dieses Problems Christiane. Aber ich frage: wäre der Deckel nicht auch ohne eigene Senatoren durchsetzbar gewesen?

Die Debatte um den Eintritt von Sozialistinnen und Sozialisten in bürgerliche Regierungen geht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Der erste Sündenfall bestand im Eintritt des französischen Sozialisten Alexandre Etienne Millerand am 22. Juni 1899 als Handelsminister in das damalige bürgerliche Kabinett. Das führte in der Sozialistischen Internationale zu heftigen Debatten. Auf Antrag von Karl Kautsky beschloss ein Kongress im Jahr 1900 eine Resolution und wonach ein solcher Eintritt nur in Notfällen zulässig sei. Also etwa dann, wenn beispielsweise eine bürgerlich-demokratische Republik durch einen Putsch bedroht ist. Später wurde diese Formel dann z.B. für die antifaschistischen Koalitionen der Volksfronten in Frankreich und Spanien übernommen. Erkannt wurde, dass der Eintritt in eine bürgerliche Regierung ohne einen Verlust sozialistischer Grundsätze nicht zu haben ist.

Rosa Luxemburg bemerkte dazu, dass Sozialisten „als Regierende (...) nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten“ sollten (Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage, Leipziger Volkszeitung, 6.7.1899) Im Unterschied zur Regierung sei indes „das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie“ [Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 58]

Diese Position ist aus meiner Sicht keineswegs veraltet, denn als Opposition trägt eine sozialistische Partei dazu bei, Gegenmacht und Gegenöffentlichkeit zu

entwickeln; als regierende Partei stärkt sie indes die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, ob sie es will oder nicht. Das Mitregieren erweist sich als eine Integrationsfalle, die nicht nur dazu führt unglaublich zu werden, sondern dazu beiträgt die ganze Organisation in die Anpassung und Fügsamkeit zu treiben.

Ich beziehe mich jetzt auf den Text des geschäftsführenden PV, mit dem im Mai diese Orientierung auf rot-rot-grün vorgeschlagen wurde. Nehme ich diesen sehr langen Text wörtlich, so ließe sich daraus ableiten, dass der inhaltliche Anspruch der nach den Bundestagswahlen angestrebten Regierungsbeteiligung ein höherer ist, als in der von mir am Anfang benannten Variante 1 „linker Regierungen“. Denn würden nur 30 oder 40 Prozent der dort vorgeschlagenen Punkte Eingang in die Regierungspraxis finden, könnte man eine solche Regierung mit Fug und Recht auch als eine anti-neoliberale Regierung bezeichnen – ich nenne das die Variante 2 für „linke Regierungen“.

Ein anti-neoliberales Regierungsprogramm umzusetzen ist aber keine einfache Sache. Denn es bliebe ja trotzdem eine kapitalistische Gesellschaft, für die, damit sie funktioniert, eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit gegeben sein müsste. Denn Neoliberalismus ist keinesfalls etwas irrationales, sondern aus der Sicht des Kapitals eine erforderliche Antwort auf eine mit sinkenden Profitraten stagnativ-krisenhafte Entwicklungsphase des Kapitalismus. Demgegenüber gegen das Kapital progressive Veränderungen durchzusetzen, ist nicht leicht, weil es nur in heftigen Konflikten mit dem Kapital machbar wäre.

Damit letzteres gelingen kann, wären die folgenden Rahmenbedingungen unerlässlich, und die übrigens auch für die 3. Variante einer denkbaren „linken Regierung“, also die klassische Übergangsregierung in eine sozialistische Gesellschaft, also wenn, wie Mitte in den 1970er Jahren wie in Chile oder Portugal, eine revolutionäre Situation existiert, gelten:

Um solche Regierungen in den Auseinandersetzungen mit dem Kapital ein stabiles Fundament zu verleihen, muss es gefestigte gesellschaftliche Bündnisse geben (soziale Bewegungen u.a.). Und zwar nicht nur als formale Bündnisse von Organisationen, sondern es muss sich täglich in den Handlungen Hundert-Tausender von Menschen ausleben. Der Schlachtruf im damals revolutionären Chile: Allende in den Palast, die Macht indes den Arbeitern, bringt das gut auf den Punkt. Zweitens muss es erste Schritte in Richtung Vergesellschaftung geben. Auch im Vorstandspapier ist eine Orientierung auf Gemeineigentum enthalten. Es spricht von der Förderung von „öffentlichem, gemeinnützigem oder genossenschaftlichem Eigentum“. Das ist übrigens etwas was in dem hier ausliegendem Text der Resolution des Bundesausschusses mit einer „Gemeineigentums-Offensive“ sowie einer „Mindestmenge an Großunternehmen“, die vergesellschaftet sein müssten, um „demokratische

Wirtschaftsplanung“ zu ermöglichen, präziser beschrieben ist [Exkurs: und weshalb ich dafür bin auch den hier ausliegenden Antrag zu beschließen.] Allerdings müsste es dann eine solche Vergesellschaftungsoffensive auch in Richtung der Banken und zumindest einiger Schlüsselindustrien geben, geht es um Umweltschutz auch in Richtung der Automobilindustrie, denn sonst wären die Klassenkämpfe mit dem Kapital nicht zu gewinnen.

Aber das alles ist doch gegenwärtig vollkommen unrealistisch! Denn man würde dafür doch weder bei der SPD, noch bei den Grünen, und somit bei Parteien, die seit Jahrzehnten in den Neoliberalismus fest eingebunden sind, irgendeinen Bündnispartner finden. Demzufolge kann aber mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass eine solche Regierungskoalition, käme sie nach den Bundestagswahlen zustande, auch eher wieder eine solche nach der Variante 1 wäre, also mit einem Deal, mit dem sich die Linke mittelfristig aber selbst verkaufen würde.

Hinzu kommt: Nicht nur Ekkehard Lieberam und Volker Külow, sondern auch viele andere Ökonomen, verweisen auf eine schwere Wirtschaftskrise, die uns bevorsteht. Eine Krise, die durch Corona nicht hervorgerufen, allenfalls beschleunigt und vereinheitlicht wurde. Dazu kommt eine immer größere Spekulations- und Kreditblase. Platzt diese, könnte dies in einer Großkrise auch für das deutsche Kapital münden.

Doch anstatt sich mit der gesamten Partei auf die nun notwendigen Verteidigungskämpfe vorzubereiten, sieht der Vorstand nun eine Chance „Für eine solidarische Zukunft nach Corona“. Wie die Genossinnen und Genossen das ökonomisch und politisch ableiten, bleibt zumindest mir, und trotz der Länge des Textes, verborgen. Inhaltlich ist in dem Text für jeden was drin. Es fällt freilich auf, dass einige Sachen fehlen: die Beseitigung des Hartz-IV-Regimes, unsere Distanz zur NATO, die Bundeswehreinätze im Ausland. Dafür ist allerdings vom Sozialismus die Rede. Allerdings nur von einem „Infrastruktursozialismus“.

In den USA klettert die Erwerbslosigkeit in eine Dimension, die wir zuletzt bei der Großen Depression 1929 hatten. In Deutschland steht die eigentliche Pleitewelle noch bevor. Deutschland mobilisiert Billionen nicht allgemein zur Stabilisierung der Wirtschaft, sondern vor allem seines Großkapitals. Aber wer soll am Ende dafür zahlen? Das sollen doch v.a. die kleinen Leute sein. Und selbst wenn es gelänge eine Extra-Abgabe für Reiche durchzusetzen, wäre das Problem damit nicht gelöst. Die Depression von 1929 kam jedenfalls erst mit der Vorbereitung auf den 2. Weltkrieg zu ihrem vorläufigen Ende.

Im Strategiepapier aus Vorstandskreisen wird zur »Friedenspolitik« aufgerufen. Doch sagen wir es klipp und klar: die Phase des wirtschaftlich flankierten

Truppenaufmärschs sowohl gegen Russland, als auch gegen China, hat doch längst begonnen. Und in einer solchen Situation sollen wir dann unseren Frieden mit der NATO machen und Bundeswehreinmärschen zustimmen? Eines ist doch klar: in Deutschland ist noch nie eine Partei in eine Bundesregierung gekommen, die das nicht abhakte.

Die Partei Die Linke hat in ihrem Programm beschrieben was Voraussetzungen für eine denkbare Regierungsbeteiligung auf der Bundesebene sind: ein Politik-Wechsel mit echter Umverteilung. Da geht es also nicht um ein paar Krümel, sondern um eine Entwicklung, die die Vermögenskonzentration und Einkommensspaltung umkehrt, und was übrigens nicht nur, und gar nicht in erster Linie, über Steuern geht. Die Linke will einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik. Hier geht es nicht nur um Waffenexporte, sondern auch um die Rolle, die Deutschland außenpolitisch spielt. Es bräuchte ein Bekenntnis zur Friedenspolitik und gegen Militäreinsätze. Es geht um einen sozial-ökologischen Umbau samt entsprechenden Investitionsprogramm und Klimaschutz. Den aber bitte nicht mit grüner Politik und CO2 Steuern verwechseln! Wirklicher Umweltschutz ist Klassenkampf. Außerdem geht es um die Wiederherstellung des Asylrechts. Dann um die Rekommunalisierung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge. Dazu kommen einige soziale Themen: Sanktionsfreiheit, Mindestsicherung und Maßnahmen gegen Prekarität, die generelle Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge, die Abschaffung der privaten Sicherungssysteme, also ein Ende der Privatisierung der Rente und des Zweiklassensystems in der Krankenversicherung. Hinzu kommt die Regulierung des Mietmarktes.

Die Linke hat in ihrem Programm aber auch beschrieben, was mit ihr nicht gehen soll: Die Linke wird sich nicht an Regierungen beteiligen, die Sozialabbau betreiben, Personal im Öffentlichen Dienst reduzieren, Privatisierungen vorantreibt und die Bundeswehr ins Ausland schickt.

Was mir dabei noch zu kurz kommt ist der Ausbau des Gesundheitswesens, der Schutz der Grund- und Freiheitsrechte, die in Corona-Zeiten unter die Räder kamen, dann die Regulierung des Arbeitsmarktes, die Kürzung der Arbeitszeiten, das Schleifen von Austerität und Schuldenbremse sowie insbesondere Forderungen, die bereits in Richtung einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft gehen, wie etwa die im Punkt 3 des BA Papiers angesprochene Gemeineigentumsoffensive. Denkt man es ökologisch, kämen mindestens noch die Automobilindustrie und die Energiekonzerne dazu.

Erst wenn es in diese Richtung gehen würde, könnte man m.E. von einem anti-neoliberalen Regierungsprogramm sprechen. Voraussetzung für ein solches wäre

freilich ein gesellschaftliches Bündnis, das einen solchen Kurs außerparlamentarisch unterstützt und trägt (siehe Variante 2 „linke Regierungen!)

Das entspricht aber nicht den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Und noch weniger jetzt in der Wirtschaftskrise und eines drohenden sozialen Kahlschlags. Ich finde: mit der politischen Strategie sollte es so sein, wie auch sonst im Leben. Wenn man für die Zukunft plant, berücksichtigt man bisherige Erfahrungen und auch Fehler.

In eine Regierung zu gehen, nur um ein paar Symbol-Projekte auf den Weg zu bringen, macht indes keinen Sinn, sondern es würde die Linke als Oppositionskraft erledigen. Stattdessen sollte sich die Partei darauf konzentrieren den Widerstand im Zusammenhang mit den bevorstehenden sozialen Abwehrkämpfen, aber auch in Richtung gesellschaftlicher Verbesserungen zu befördern, also außerparlamentarische Bewegungen zu unterstützen und zu initiieren.

Relevante Veränderungen in der BRD waren immer nur die Folge solcher Bewegungen und denen sich erst anschließend Regierungshandeln anschloss. Progressive Veränderungen im Portugal der 70er waren möglich, weil die Bevölkerung gegen den Faschismus aufstand. In Spanien war die Entwicklung indes die eines Deals zwischen rechten und linken Kräften. Die negativen Folgen eines autoritären Staats spüren die Spanier noch bis heute. In Deutschland kam die 35 Stunden Woche in der Folge von Streiks. Die Abschaltung von AKWs wurde möglich, weil Hunderttausende dafür auf die Straße gingen. Die Beendigung der rechtlichen Unterordnung von Frauen unter ihre (Ehe)männer war eine Folge der 68er Bewegung. Das ist unsere Aufgabe, die wir in den Parlamenten unterstützen.

Indes das Trugbild eines »linken Lagers« mit SPD und Grünen – samt möglicherweise einem Olaf Scholz als Kanzler – zu bedienen, das führt doch nur in eine Sackgasse.

Das Vorstandspapier aus Berlin:

<https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-eine-solidarische-zukunft-nach-corona/>

Kritik Lieberam / Külow:

<https://www.jungewelt.de/artikel/379357.positionen-der-linkspartei-linkes-wunschdenken.html>

Das am Montag veröffentlichte Papier aus dem Reformerlager:

<https://luise-neuhaus-wartenberg.de/2020/08/papier-erweitertes-reformerinnenlager-juli-2020/>

Bericht dazu im Spiegel:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-linke-pragmatiker-draengen-auf-richtungsentscheidung-a-8478ea06-f1ff-47bb-9dee-3cc654ca6636>

Kritik Lucy Redler:

<https://www.sozialismus.info/2020/08/strategiepapier-der-linke-reformerinnen-auf-der-ersatzbank-von-spd-und-gruenen/>

Offene Probleme / nicht Teil des Vortrags:

Es fehlt in allen diesen Papieren so etwas wie ein eigenes Staatsprojekt, allenfalls ist es angedeutet, denn der vorhandene Staat ist ja weder neutral, noch ist er „unser Staat“, in dem sich also unsere Interessen genauso gut durchsetzen ließen wie die der Kapitalisten. Eine antineoliberale Regierung müsste also auch neue Formen demokratischer Selbstverwaltung entwickeln, vor allem in Richtung der Selbstorganisation. Sie lässt sich eben, ist es wirklich ernst gemeint, bei der heutzutage und dieser Epoche gegebenen Bedeutung neoliberaler Methoden, allenfalls akademisch von der 3. Variante einer Übergangsregierung in eine neue Gesellschaft trennen. Das kann in anderen Epochen wieder anders sein, aber heutzutage wäre das wohl so.

Wie passt die Ablehnung in der Sozialistischen Internationale damit zusammen, dass es zum Beispiel in der Weimarer Republik zeitweilig in einzelnen Ländern für kurze Zeit mal gemeinsame „Arbeiterregierungen“ aus SPD und KPD gegeben hat? Die KPD ging damals von einer revolutionären Situation aus. Sie betrachtete diese Regierungen dafür als ein vorbereitendes Element. Der damalige KPD Vorsitzender Brandler bewertete das wie folgt: „Es sei der Versuch (...) vorerst [!] mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, aber gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen [!], Arbeiterpolitik zu treiben.“